

Die Umschau

auf dem Gebiete des Zoll- und Steuerwesens.

Erscheint monatlich zweimal.

Preis
vierteljährlich 1,25 M. Wst.
Postv. ein M. 1,40
einschließlich Postgebühr.

Alle Zusendungen
an die Redaktion sind an die Ex-
pedition in Berlin zu richten.

Man abonniert bei allen Buch-
handlungen u. Post-Anstalten,
sowie bei den Expeditionen
in Berlin und Hamburg.

Ankunftsblatt für Handel, Expedition, Gewerbe und Industrie
in Zoll- und Steuerfragen des In- und Auslandes.

Zeitschrift für Zoll- und Steuer-Technik und Verwaltung.

Herausgegeben von einer Anzahl von Fachmännern
unter Redaktion von Dr. Max Schneider in Hamburg.

Anzeiger:
kosten 15 Pf. die 4 gespaltene
Petitzeile oder deren Raum.
Bei Wiederholungen
billiger.

Expeditionen:
Berlin SW. Großbeerenstr. 41.
Hamburg, Schauenburgerstr.
59. (Hoffmann & Campe)

Verlag von
Eugen Schneider, Berlin.

Nr. 1.

Berlin und Hamburg, Januar 1894

13. Jahrgang.

Inhalt: Beschneidung der Reisegeldzuschüsse (S. 1). Ueber Beförderungen (S. 2). Zoll- und Steuertechnisches: Brauntweinsteuer: Beantwortung einer Steuerfrage durch die Brenneizeitung (S. 2). Entziehung der Abgaben: Reichsgerichtserkenntnis vom 6. Oktober 1893 betr. Brauntweinsteudefraudation (S. 3). Persönliche Dienstverhältnisse der Beamten: Die Qualifikation des Personals der Zölle und indirekten Steuern in Bayern betr. (Fortsetzung) (S. 4). Verschiedenes: Personalmachrichten (S. 5). Neue Bücher (S. 6). Briefkasten (S. 6). Anzeigen.

Beschneidung der Reisegeldzuschüsse.

Als des Herrn Finanzministers Excellenz Dr. Miquel die Bestimmungen wegen der Reisegeldzuschüsse erlassen hatte, herrschte über diese, frühere Unbilligkeiten beseitigende Neu-
erung in den beteiligten Kreisen große Genugthuung. Wurde doch den zu Dienstreisen verpflichteten Zoll- und Steuerbeam-
ten endlich eine dem Mehraufwand auf solchen Reisen ent-
sprechende Vergütung gewährt!

Um so unangenehmer muß es berühren, wenn jetzt von
einigen Uebereifrigen und allzu fiskalisch veranlagten Revisi-
oren der Reisegeldzuschußberechnungen versucht wird, die höhe-
ren Orts gebilligte Wohlthat wieder zu beschneiden.

Es geht uns nämlich aus verschiedenen Provinzen des
Königreichs die Mittheilung zu, wie bei Revision und Fest-
stellung der Reisegeldzuschußberechnungen vielfach Anstand da-
ran genommen werde, daß Beamte die 24stündige Frist, wel-
che nur zum Bezuge des Satzes für eine mindestens 10stün-
dige Reise berechtigt, um ganz kurze Zeit überschreiten und
daraufhin die weitere Vergütung für eine angefangene
12stündige Abwesenheit vom Stationsorte liquidiren.

Unseres Erachtens ist diese Beanstandung völlig unbe-
rechtigt.

Die Sätze für eine mindestens 10stündige Dienstleistung
außerhalb des Stationsortes reichen für eine solche Dauer
wohl bei einiger Sparsamkeit aus, Niemand wird aber be-
haupten wollen, daß sie — auch abgesehen von dem Zuschuß
für die Uebernachtung — für eine 24stündige Abwesenheit
vom Stationsorte völlig genügen. Wäre dies der Fall, dann
hätte Derjenige, welcher die fragliche Bestimmung getroffen,
eine das fiskalische Interesse geradezu schädigende Anordnung
getroffen, wenn er für 10 Stunden Dienst dieselbe Entschädi-
gung bewährte, welche für 24 Stunden ausreichte. Denn
dann lag die Gefahr nahe, daß soweit nur irgend möglich
— natürlich zum Nachtheil des Dienstes — nur 10stündiger
Dienst verrichtet würde.

Dieselbe Gefahr liegt aber dann nahe, wenn für 24stün-

dige Dienstleistung nur eine für 10 Stunden ausreichende
Vergütung gewährt wird, indem der Beamte, um nicht Geld
zuzulegen, sich beeilen wird, — oft zum Nachtheil des Dienstes
— in 10 Stunden fertig zu werden, wo er bei ordnungs-
mäßiger Erledigung der Geschäfte mehr Zeit gebrauchte.
Gerade um dieser Gefahr vorzubeugen, hat unseres Erachtens
der Schöpfer der Reisegeldzuschüsse eine Prämie darauf setzen
wollen, daß die Dienstreisen nicht in überreiter Hast vor-
genommen werden. Die Prämie findet ihren Ausdruck in
der Bestimmung, daß nach einer 24stündigen Dienstleistung
für jede auch nur angefangene weitere 12stündige
Dienstleistung die Hälfte der für die 10stündige Dienstleistung
festgesetzten Gebührensätze gewährt wird.

Die Worte „für jede auch nur angefangene“ lassen
deutlich die Absicht der Prämierung einer mehr als 24stün-
digen Dienstleistung erkennen, denn sonst würde es genügt
haben, wenn gesagt worden wären: „für jede angefangene“.

Mit dieser weiteren Entschädigung für mehr als 24stün-
dige Reisezeit reicht solche ebenfalls zur Deckung der Kosten
aus, aber auch nur für die verflossenen 24 Stunden, und
muß diese weitere Entschädigung daher gewährt werden, ob
die 24stündige Frist um Minuten oder Stunden überschritten
worden ist.

Selbstverständlich ist und bleibt bei vorstehenden Er-
örterungen Voraussetzung, daß die angegebene Zeit zur ord-
nungsmäßigen Erledigung der Dienstgeschäfte und zur not-
wendigen Erhebung wirklich nöthig war. Muß dies an-
erkannt werden, dann muß es aber auch gleichgültig bleiben,
ob es sich bei Ueberschreitung der 24stündigen Frist um
Minuten oder Stunden handelt.

Ueber Beförderungen.

Nach dem Centralblatt für 1893 sind in Preußen neu
ernannt:

18 (15) Oberinspektoren, darunter 4 (8) Regierungs-
Assessoren.

11 (5) Hauptamtsrendanten.